

Ostdeutsche Morgenpost

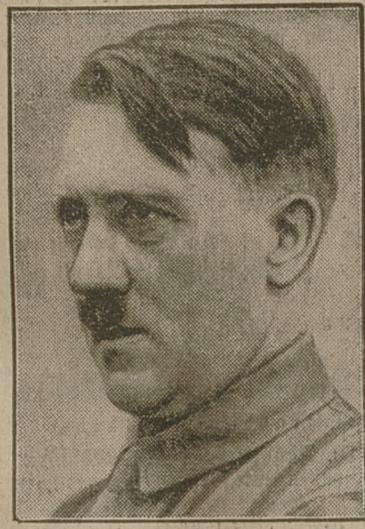
Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z o. o. d., Katowice,
al. Marjaka 1, Tel. 488; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller,
Sp. z o. o. d., Konto 301 989.

Erste öberschlesische Morgenzeitung

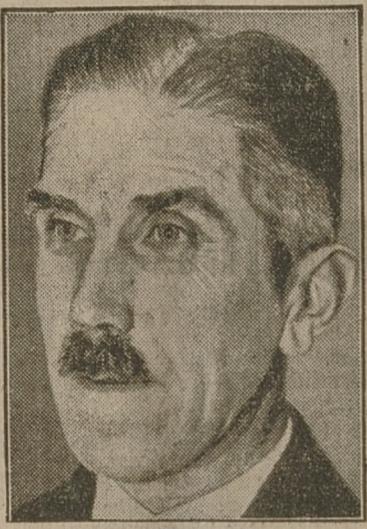
Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),
Bezugspreis: 5.— Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr. Amtliche und Heimitte-Anzeigen sowie Darlehens-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Rek ametel 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitrreibung, Akkord oder Konkurs in Fälligkeit. — Anzeigenabschluß: abends 6 Uhr

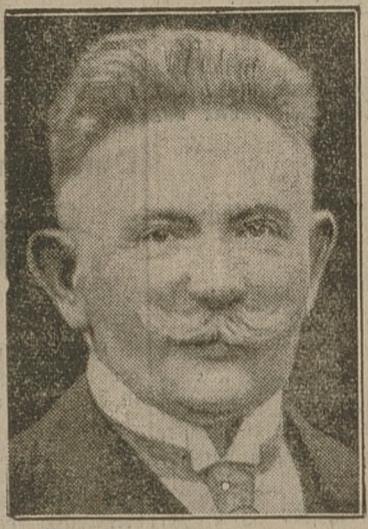
Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Inserate wird keine Gewähr übernommen; und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugs geldes oder Nachlieferung der Zeitung.



Adolf Hitler,
Reichskanzler.



von Papen,
Stellvertretender Reichskanzler.



Hugenberg,
Wirtschaft und Landwirtschaft.



Reichstagspräsident Göring,
Luftfahrtminister.



Freiherr von Neurath,
Reichsaufßenminister.

Was Hitler plant

Die erste Sitzung des nationalen Konzentrations-Kabinetts

Bolle Einmütigkeit

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Das neue Reichskabinett trat Montag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der Reichskanzler Adolf Hitler auf die Bedeutung des heutigen Tages hinwies, an dem eine Einigung der nationalen Kräfte Deutschlands durch die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration erreicht worden ist. Die Politik des Kabinetts dürfe den Ausdruck des Glaubens und Vertrauens, der heute im deutschen Volke spontan zum Ausdruck gekommen ist, nicht enttäuschen. Der Reichskanzler gab dann einen Überblick über die Grundsätze, nach denen er seine Politik zu führen gedenkt, und über das Verhalten, das gegenüber dem Reichstage angewandt werden soll. Eine allgemeine Aussprache ergab eine völlige Übereinstimmung der Ansichten.

Hindenburg vereidigt das Kabinett

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Der Herr Reichspräsident hat am Nachmittag die durch das Reichsministergesetz vorgeschriebene Vereidigung des Reichskanzlers Adolf Hitler und der Mitglieder der neu gebildeten Regierung vorgenommen.

Dem Kabinett Hitler gehören die folgenden Persönlichkeiten an:

Hitler Reichskanzler,
Reichskanzler a. D. von Papen Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen,

Freiherr von Neurath Reichsaufßenminister,

Staatsminister a. D. M.R. Dr. Fried, Reichsinnenminister, Generalleutnant von Blomberg Reichswehrminister,

Graf Schwerin von Krosigk Reichsfinanzminister, Geheimrat M.R. Dr. Hugenberg, Reichs-

wirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,

Franz Seldte Reichsarbeitsminister, Freiherr von Eltz-Rübenach Reichspostminister und Reichsverkehrsminister,

Reichstagspräsident Göring Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für den Luftverkehr und Funk, gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preußischen Innensenministers betraut,

Graf Eberle Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung.

Das Justizministerium bleibt vorläufig noch offen.

liegt, ob das bürgerliche Deutschland noch eine Konzentration dem Kommunismus die Tore öffnet, wenn es versagt und fällt: Wir hoffen, kein Zweifel, daß dieses Kabinett der nationalen

bringt, ohne daß eine Diktatur notwendig wird, die nach faschistischem Muster die Uniformierung alles politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens aufzwängt.

Groß ist das Opfer Hitlers, der es über sich gewonnen hat, von seiner Forderung nach der ganzen Macht um des größeren vaterländischen Ziels willen abzulassen; groß ist aber auch die Gefahr für Hugenberg und Seldte, von dem politischen Massengewicht erdrückt zu werden, das Hitler, Fried und Göring mit ihrer 12-Millionen-Anhängerschaft in die Waagschale der Reichspolitik werfen. Vöricht zu erwarten, daß es nun von heute auf morgen besser in Deutschland werden wird. Aber der Grund für ein neues Vertrauen ist gelegt, daß die Politik halber Maßnahmen und pseudautoritärer Zauderei durch einen nationalen Totalitarismus ersetzt wird und eine Mehrheit des Volkes sich hinter die Männer stellt, denen Hindenburg — nicht ohne starke persönliche Überwindung — das Siegel des Reichsschiffes anvertraut. Übersehen wir nicht, daß diese Lösung, die einzige, die Volk und Reich vor dem Staatsstreich bewahrt hat, das Verdienst Papens ist, auf den die deutsche Wirtschaft heute mehr denn je vertraut: In Papens Zeichen standen die ersten, erfolgversprechenden Ansätze der Wirtschaftsbelebung; mit seinem Namen verknüpft wir die Hoffnung auf neue und dauerhafte Ankurbelung! Mit Genugtuung begrüßen wir im Kabinett den erstklassigen, hochbewährten Grafen Schwerin-Krosigk und General von Blomberg, der als militärischer Treuhänder, als Spezialist in der Verteidigungsfrage und als Sachwalter der Überparteilichkeit der Reichsregierung einen ebenso guten Namen hat wie der Stahlhelmsführer Seldte, der sich auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, des Arbeitsdienstes und der Jugendförderung betätigen wird.

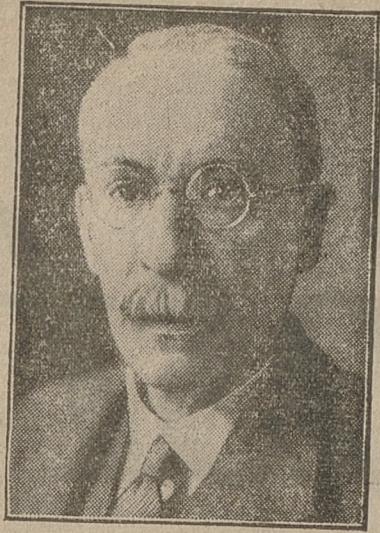
Schon schleudern die notorischen Klassenhasser, die Hugenberg- und Papen-Gegner ihre Flüche und marxistischen Tiraden gegen die „Unterherrscher und Ministerstürzer“ — mit solchem papierenen Tamtam ist Deutschland nicht wieder in Ordnung zu bringen! Arbeit und We-

Reichstag spätestens am 7. 2.

Aeltestenrats-Beschlüsse — Kommunistischer Mißtrauensantrag

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Nachdem die Bildung der neuen Regierung gelungen war, wurde sofort der Aeltestenrat des Reichstages zusammenberufen, um über den nächsten Zusammentritt des Parlaments zu beraten. Ein genauer Tag für den Zusammentritt wurde noch nicht festgesetzt, doch wurde beschlossen, daß die Volksvertretung spätestens am Dienstag, dem 7. Februar, einberufen werden sollte.



Freiherr von Eltz-Rübenach,
Reichspost- und Verkehrsminister.

ruhigung verlangt das ganze deutsche Volk — daß die Verwirrung dieser Forderung nicht durch Strafen und Ausreitungen gestört wird, dafür wird das neue Kabinett sorgen: es wird durchgreifen gegen jede Störung des öffentlichen Lebens und hoffentlich auch dem Ausland den Eindruck vermitteln, daß in Deutschland wieder mit fester und sauberer Hand regiert wird.

Die endgültige Festsetzung des Termins erfolgt im Inneren mit der Regierung und hängt davon ab, wann die Regierung ihre Erklärung vor dem Reichstag abgeben will. Den Vorsitz im Aeltestenrat übernahm der zum Reichsminister ernannte Reichstagspräsident Goering. Von der Reichsregierung war außer ihm niemand gegen. Im Aeltestenrat wurde auch die Frage aufgeworfen, ob der in das Reichskabinett berufene Reichstagspräsident Goering weiterhin sein Amt als Reichstagspräsident wahrnehmen könnte. Eine formelle Bestimmung, die ein weiteres Umtreten Goerings als Reichstagspräsident hindern könnte, besteht nicht. Der Aeltestenrat soll wieder einberufen werden, sobald an der Disposition für die nächste Sitzung des Reichstages sich etwas ändern wird. Dem Vorschlag des Abg. Bell (Str.), der Regierung Hitler zunächst Gelegenheit zu geben, die Regierungserklärung in etwas größerer Ruhe vorzubereiten, schloß sich auch Präsident Reich für die Bayerische Volkspartei an.

Der Antrag, das Reichsplenum bereits am 31. 1. zusammenzutreten zu lassen, der nicht von den Nationalsozialisten, sondern von den Kommunisten und Sozialdemokraten ausgestellt war, wurde abgelehnt. Die Tagesordnung für die nächste Reichstagsvollziehung soll unverändert nach der bisherigen Vorlage bleiben. Der Reichstag würde also zunächst die sozialpolitischen Verträge mit fremden Staaten erledigen, und dann die Erklärung der neuen Reichsregierung entgegennehmen.

Berlin, 30. Januar. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bereits folgenden Antrag vorgelegt: "Der Reichstag entzieht der Reichsregierung Hitler von Papen das Vertrauen."

Der Haushaltsausschuss des Reichstages ist für Mittwoch wieder einberufen worden, um die Beratung über die Arbeitsbeschaffungsfragen fortzuführen.



Graf Schwerin von Krosigk,
Finanzminister.

Zehlin geht nach Rowno

Morath nach Montevideo

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Der Herr Reichspräsident hat dem Gesandten in Rowno, Morath, zum Gesandten in Montevideo und den Generalconsul in Leningrad Dr. Dr. h. c. Erich Zehlin zum Gesandten in Rowno ernannt.

Dank an Hindenburg

Aufrufe für die neue Regierung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Die Reichspressestelle der NSDAP veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

"Mit dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, ist der Mann des Vertrauens des Volkes auf den Ruf des Reichspräsidenten an die Spitze der Regierung getreten. Der Herr Reichspräsident hat damit den Schritt vollzogen, der endlich dem Willen und dem Sehnen der Millionen des deutschen Volkes gerecht wird, die in dieser größten nationalen Bewegung der deutschen Geschichte die einzige Hoffnung auf einen Wiederaufstieg der Nation und in ihrem Führer Adolf Hitler allein den Mann sehen, der dieses große Werk beginnen und vollenden kann. Die nationalsozialistische Bewegung weiß sich eins mit dem ganzen deutschen Volke, wenn sie in dieser Stunde dem Herrn Reichspräsidenten Dan für seine gesichtliche Tat, die den Ruhm des Generalfeldmarschalls unserer Heere im Weltkriege auf immer mit dem Namen des jungen Deutschland verbindet, das glühenden Herzens zur Freiheit strebt. Wir wollen heute dem stolzen und freudigen Empfinden Ausdruck geben, daß die ganze nationalsozialistische Bewegung bei der Übernahme der staatspolitischen Verantwortung durch ihren Führer bestellt. Die NSDAP weiß, daß

die neue Regierung keine nationalsozialistische Regierung ist, aber den Namen ihres Führers Adolf Hitler trägt.

Mit einem starken nationalsozialistischen Vortrieb ist der Führer in die Regierung eingestiegen und hat sich an ihre Spitze gestellt, um dem deutschen Volk und seiner Freiheit eine Gasse zu bahnen. Und deshalb stehen hinter dieser Regierung erstmalig nicht nur die Machtmittel des Staates einzahnbereit, sondern hinter ihr steht tatbereit und auf Gedanke und Verstand mit ihrem Führer verbunden die Millionenarmee der nationalsozialistischen Bewegung, deren große historische Aufgabe nunmehr auch auf das staatspolitische Gebiet übergegangen ist. Der Kampf um die Regierungsführung ist beendet, der Durchbruch zum Staate ist der nationalsozialistischen Bewegung nach 18jährigem Ringen gelungen — der größere Kampf der Regierung Hitler für das deutsche Volk beginnt."



Gereke,

Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

marshalls von Hindenburg, gefolgt und ist durch seinen ersten Bundesführer nunmehr in der Regierung vertreten. Der Stahlhelm wird seinen ganzen Einfluss dafür einsetzen, daß die in der Reichsregierung zusammengefassten nationalen Kräfte zu einer Staatsführung wahrer Volkgemeinschaft zusammenwachsen, die im Streben nach der Freiheit und Größe der deutschen Nation ihre leichte Einheit findet. Wir haben Wert darauf gelegt, nur solche Aufgaben zu übernehmen, die unserer Eigenart gemäß sind und in die Zukunft weisen. Das sind die Fragen deutscher

Arbeit, des Freiwilligen Arbeitseinsatzes und der Jugendertüchtigung.

Es kommt darauf an, unter Jürgenfältiger Schöpfung der sauer erworbenen Steuergroßen des Volkes Neues und Großzügiges zu leisten. Zur Lösung dieser Fragen wird der ganze Bund in alter hingebender Treue, Kameradschaft und freiwilliger Disziplin mit allen seinen geschulten Führerjüngern mithelfen müssen. Der Durchbruch des nationalen Staates wird jetzt vorbereitet; er kann nur gelingen, wenn alle vaterländischen Kräfte, ihr Leidet hergeben und einmütig zusammenwirken, wenn ein Strich gemacht wird unter alle Streitigkeiten und Anfeindungen der einzelnen Gruppen, wenn alle Glieder der nationalen Front ehrlich feit entschlossen sind, den Befreiungskampf gemeinsam vorzuführen. Der Stahlhelm steht in unerschütterlicher Treue hinter unserem Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten. Wir wollen dafür einstecken, daß der Lebenswunsch Hindenburgs erfüllt wird, daß das ganze Deutschland nun einmütig an dem großen Werk der inneren und äußeren Befreiung unseres Vaterlandes gemeinsam wirken zu können.

Fried verlangt ein Ermächtigungsgesetz

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Reichsinnenminister Dr. Fried äußerte sich zu einem Mitglied der Schriftleitung des "Völkischen Beobachters" über die nächsten Ziele und Absichten der neu ernannten Regierung.

"Die geistige und willensmäßige Erneuerung des gesamten deutschen Volkes ist die Voraussetzung für jede andere nationale Erneuerung und Erhebung und wird somit im Mittelpunkt unserer gesamten Politik stehen."

Zu der Tatsache, daß von einzelnen Kommunisten in der letzten Woche Flugblätter verteilt wurden, in denen zum Generalstreik aufgerufen wurde, betonte der Minister:

"Sollte sich dies die Kommunistische Partei nicht noch anders überlegen, so werden wir mit den härtesten Maßnahmen gegen einen derartigen Generalstreik vorgehen."

Über das Verhältnis Reich-Preußen sagte Dr. Fried u. a., daß die Regierung die Einrichtung der Reichskommission übernommen habe. Reichsjustizminister Dr. Gürtner, für den noch kein Nachfolger bestimmt sei, bleibe zunächst geschäftsführender Minister. Die Frage des Verhältnisses der Länder zum Reich sei in diesem Zeitpunkt nicht akut. "Die Richtung unserer Politik deckt sich mit unserer bisherigen nationalsozialistischen Stellungnahme zu dieser Frage."

Die Regierung werde dem Reichstage ein Ermächtigungsgesetz vorlegen, daß dieser entsprechende Bestimmungen der Verfassung der Reichsregierung aufstellen solle. Wir brauchen diese Vollmachten, um das große Werk, das wir mit Einsetzung aller Kräfte durchzuführen gewillt sind, nämlich die geistige und nationale Erneuerung unseres Volkes, endlich zur Tat zu bringen zu lassen."

Die Aufgabe der Reichsregierung sei ungeheuer. Heute sei ein allgemeines Aufatmen durch das deutsche Volk gegangen, als der Reichspräsident den Entschluß gefasst hat, den Mann an die Spitze der Reichsregierung zu stellen, der es fertig gebracht habe, eine Bewegung zu schaffen, die 12 Millionen Volksgenossen hinter sich hat.

Unterhaltungsbeilage

Wenn der Rhein zugesroren ist / Ein sonderbarer Fischzug

Ein Hörchen von Jochen Knipp

In einem grimmigen Winter, wie dem, den wir gerade erleben, vor der Rhein zu, und die Homberger, die früher viel Fischerfang betrieben, möchten auf Alstetzen und Fischerfang so viel aussehen wie sie wollten, ihre Beute war stets gering und fläglich. Die mit vielen Mühen nachts gelegten Netze blieben leer und auch gefährlich unternommene Schleppzüge brachten keinen Gewinn. War das schon ärgerlich, so müßte man wütend werden, wenn Nerdinger Fischerreiche Ware nach Homberg brachten und den Einheimischen auf eigenem Markt nicht geringe Verdienste wegschnappten. Mancherlei Handel entstand, und die Nachbarn mühten oft mit blutenden Nasen und blauen Flecken aus Homberg fliehen. Wer weiß, zu welcher Fehde es noch gekommen wäre, wenn nicht die Nerdinger zu den erfolglosen Fischern eines Tages Unterhändler mit dem Anerbieten geschickt hätten, ihnen gegen Entgelt ein Geheimnis, das sie beim Fangen anwenden würden, zu verraten. Die Homberger gingen auf den Vorschlag ein, bezahlten die geforderten fünf Taler und erfuhrten staunend die sonderbare Fischart.

Ins Eis müßte ein rundes, anderthalb Fuß großes Loch geschlagen werden, unter Eis Fangkörbe oder Reze und als Vormittel Honig verwandt werden. Die Nerdinger hätten nun mancherlei Art des Köders versucht, und als beide gefunden, den eigenen Hosenboden in dieser Lage mit dem Süßstoff zu bestreuen und sich fest aufs Loch zu setzen. Es würde zwar mit der Zeit unheilvoll werden, aber eine Stunde des Aufhalts mache sich durch die reiche Beute überbezahlt. Bedingung sei, außerst stillschweigen und größtmögliche Regungslosigkeit zu bewahren.

Die Homberger machten zunächst unglaubliche Gesichter. Als aber ihr Unglück anhielt, stellten sie jegliches Bedenken bei Seite und beschlossen, gemeinschaftlich nach dem Nerdinger Vorschlag zu verfahren.

In dunkler Nacht wurde zum Beginnen geschritten. Claas Federnfeil hieb vierzehn Löcher ins Eis, die jüngeren Fischer stellten Fangwerke, Hermann Döffer hielt zwei Opferzwei Töpfe guten Honigs und Werner Kortendyk opferte zwei beschmierte mit schwerem Pinsel die reich mit Tüchern und Wolle ausgestopften Hosenböden seiner Kameraden wie den eigenen. Schweigsam ging dann jeder zu seinem Loch, schweigam nahm er nach einigem Besinnen und Grübeln Platz, schweigam begann die wichtige Sitzung.

Zunächst deutete sie nicht so schwierig. Als aber das kalte Rheinwasser Polster und Hose durchweicht hatte, begann es unangenehm zu werden, und zwar mit unzähligen empfindsamen Gefühlen, je länger man mit krummem Rücken und mit krummen Beinen auf dem Eis hockte, und sich das Unbehagen an dem im eisigen Wasser hängenden Körperenteile in Schmerz verwandelte. Verzweifelnde Blicke wanderten vom einem

GRIPPE UND ERKÄLTUNG

werden erfolgreich bekämpft durch

Waanning-Tilly-Oel

In den Apotheken erhältlich zu 91 Pfennig pro Flasche
in Kapseln 2,25 Mark. Verweigert Nachahmungen!
Bes. Ol. tereb. sulf. comp.

Bist Du der Richtige?

39) Roman von Karl Hans Strobl

Copyright 1928 by L. Staedtler Verlag GmbH,
Leipzig. — Vertreten durch Kochler & Amelang,
Abteilung Romanvertrieb, Leipzig.

Gewiß, sagte Justus, daß könne er sich denken, wenn einem vom Himmel ein Stuhl zugeworfen werde.

Nicht wahr? frohlockte der Kerkermeister erfreut, daß Justus sogleich das Richtige herausgefunden habe, die Kathi sei also ins Dorf gelaußen und hätte die Leute geholt, und die wären gekommen und hätten bald den Stuhl angehaut und bald die Kathi und hätten sich gefragt, was das zu bedeuten habe, und dann wären sie doch über ein gekommen, daß dieses Wunderzeichen nichts anderes besagen könne, als daß die Kathi zu besonderen Dingen berufen sei.

Ob sie denn diesen Himmelsthüll nicht näher untersucht hätten? fragte Justus.

Natürlich hätten sie das getan, der Tischler sei ja auch dagewesen, er habe festgestellt, daß der Sessel aus Birkenholz gefertigt sei und daß sie eine verdammt schlämpige Arbeit dort oben machen. Aber der Tischler sei ein Gotteszeugner und Saufbold gewesen, so habe niemand auf ihn gehört, und alle seien in die Kirche gefunken und hätten vor dem Sessel die Mützen abgenommen.

Das sei auch ganz in Ordnung gewesen, nickte Justus.

Inzwischen seien auch der Herr Pfarrer und der Herr Lehrer gekommen und die hätten sich auch den Sessel angesehen, und der Pfarrer hätte ihm gefragt und den Kopf geschnitten und ebenso der Lehrer, und der Pfarrer hätte etwas Lateinisches gefragt und die Kathi ausgefragt, aber dann habe er doch eingestehen müssen, daß es nicht auf natürliche Weise zu erklären sei, wenn ein Sessel vom Himmel fällt, und daß man an ein Wunder glauben müsse.

Das sei gar nicht anders möglich, bestätigte Justus.

Nun habe man also den Sessel in feierlicher Prozession ins Dorf getragen und in Kathis Kammer aufgestellt, und dann seien die Andächtigen häusweise gekommen und hätten vor dem

Sessel gebeten. Und jeder habe die Kathi geprüft als eine Ausgewählte des Himmels und habe ein Geschenk für sie zurückgelassen, und auf dem Zinteller, den Kathi auf dem Stuhl aufgestellt habe, hätten sich die Gulden gehäuft, daß man ihn mehrere mal im Tag habe ausleeren müssen. Das ganze Dorf sei auf das Wunder stolz gewesen, mit dem es begnadet worden sei, und schließlich sei die Kottleitnerin gekommen, die kinderliebe Wittib, und habe gesagt, daß sie die Kathi an Kindesstatt annehmen wolle.

Da sei ja, sagte Justus, dem armen Waisenmädchen so richtig das Glück vom Himmel gefallen. Wer der Justus dürfe nicht denken, er erfuhr sich Donner, daß die Kathi nun etwa hoffnungslos geworden sei, weil sich nun alles um sie gedreht habe. Es seien freilich die reichen Bauernsöhne gekommen, für die sie früher Lust gewesen sei, und hätten sie zur Frau haben wollen. Aber die Kathi sei doch bei ihm geblieben, dem sie sich als armes Mödel verschroben habe.

Er müsse zugeben, bestätigte Justus, daß das für eine plötzlich so berühmt gewordene Person überhaupt anständig gehandelt sei und daß man wohl nicht so leicht eine andere von derselben Sorte finden könnte.

Darüber freute sich Donner sehr und fuhr um so ehriger fort. Sie hätten nun auch bald geheißen, daß sie ja das einzige Hindernis, Armut, nun überbietet gewesen sei. Und so hätten sie in allem Frieden geehrt und geachtet dahinleben können, wenn nicht eines Tages der Pfarrer und der Lehrer zu ihnen gekommen wären und gesagt hätten, der Unzug müsse jetzt anhören und der Sessel verschwinden.

Ja, warum denn nur? fragte Justus ganz verblüfft, wo doch dieser Sessel eigens für die Kathi vom Himmel gefallen sei.

Ja, das hätten sie auch gefragt; aber da habe der Lehrer gelacht und ein Zeitungsblatt herausgezogen und habe ihnen vorgelesen, was darin gedruckt stand. Das ein Professor mit einem Luftballon in München aufgestiegen sei und daß ihn der Wind in unsere Gegend übers Gebirge getragen habe. Und weil er höhere Luftschichten habe erreichen wollen, so sei er, um den Ballon zu erleichtern, darangegangen, alles hinauszuwerfen, was er nicht gerade unbedingt gebraucht habe, zuletzt auch den Stuhl, auf dem er gesessen hätte.

75. Geburtstag der ostpreußischen Dichterin Johanna Wolff

Der Nordosten unseres Vaterlandes hat viele eigenwillige Menschen hervorgebracht, auch viele schöpferische Persönlichkeiten. Dort, im Osten Preußens, trägt fast jeder sein eigenes Gesicht. Dort sind Hamann und Herder, Kant und Schopenhauer, G. T. A. Hoffmann und Zacharias Werner zu Hause; dort ist die Heimat von Arno Holz, Agnes Miegel, Fritz Künig, Alfred Brust, Siegfried von der Trenck, Johanna Wolff. Mancher Name wäre noch zu nennen — und jeder spräche von eigener menschlicher und künstlerischer Art. Ein vom übrigen Deutschland kaum völlig begriffener Reichstyp strömt aus diesem wirtschaftlich schwer ringenden, politisch stark gefährdeten Grenzland ins Mutterland hinaus. So eigenwillig und eigenartig aber der ostpreußische Mensch auch ist, ebenso lebendig ist er der heimatlichen Schule und dem deutschen Volkstum verbunden. Ein Beispiel dafür ist auch die julekt genannte Dichterin die vor nun 75 Jahren in Tilsit geboren wurde. Kind von Handwerkern, früh Volkswaise, ziehend der Stadt bei einer im Kern wohl guten, aber reichlich harten Pflegemutter — heute Bürgerin ihrer Vaterstadt, nach der eine Straße in Tilsit benannt, der zum Gedächtnis eine Bronzetafel an der Volksschule angebracht wurde, die „das Hanneken“ damals besuchte. In einem selbstbiographischen Roman: „Das Hanneken“, ein Buch von Armut und Arbeit“ hat sie ihr mühevollen, aber pflichttreuen Lebens bis zu dem Augenblick geschildert, wo es durch ihre Heirat in völlig andere Bahnen gelenkt wurde und der Aufstieg begann. Gesundheitliche Gründe zwangen sie dazu, Hamburg, das ihre zweite Heimat geworden war, mit der Südwiese zu vertauschen (Locarno-Dresden). Die Schönheiten dieser Welt haben sie das Bild der Heimat nicht vergessen lassen; immer größer ist die Sehnsucht, immer stärker die Verbundenheit mit ihr geworden. Zeugnis dafür sind ihre Gedichte, die gerade in den letzten Jahren sorgend und kämpferisch an das bedrohte, geliebte Ostpreußen gerichtet sind. Ihre drei Versbücher: „Du schönes Leben“, „Von Mensch zu Mensch“ und „Lebendige Spur“ zeigen ihr tiefes Wurzeln in der Heimat, im Deutschen, im Ewigem. Unendlich viel Liebe, Heiterkeit und Lebensbeziehung in diesem Landvolk, oft verdeckten Liedern! In ihren Romanen, Novellen, Märchen und Legenden ein Riesen Kampf, Notüberwinden — Siegen! In ihren Märchen weiß sie groß und klein zu beglücken. Lilienron hat ihren ersten Gedichtband rückhaltslos und begeistert begrüßt: er hat sein Lob einer dessen Würdigen gespendet.

Auch Johanna Wolffs letzter Roman, der soeben als ihr Vermächtnis an Volk und Heimat erschien, greift in das schwere Schicksal Ostpreußens hinein, dieser Grenzmarkt, die so oft im Laufe der Jahrhunderte dem Ansturm aus Osten standhalten mußte, die Kriegsnot zu spüren bekam wie keine andere deutsche Landschaft, die endlich durch Verbaues zerissen, zerstört, von Deutschland durch einen breiten Korridor getrennt wurde. „Verlaten“ heißt der Held dieses Buches, „verlassen“ verlassen ist das ostpreußische Land. Aber grenzmärkischer Glaube ringt sich auch hier über alle Not empor, Überbereitschaft bis zum Tode verheist Leben und neuen Aufstieg. „Erde, für die wir leben, wie zog man vor 2500 Jahren einen Zahn?“

In einem syrischen Grab fand man eine Vase, auf welcher die Szene eingraviert war, wie der damalige Babyloni eine Zahngraftation ausführte. Allerdings benutzte er zu diesem Zweck nicht etwa eine moderne Zange. Auf der Abbildung ist zu sehen, wie der Heilkundige mit einer Hand den Kopf des Patienten festhält und mit der freien Hand einfach in die Mundhöhle hineinsetzt, um mit großer Gewalt das frische Gebilde herauszuziehen. Um diesen Handgriff zu erleichtern, wurde wahrscheinlich der Zahn vorher mit Hammerschlägen gegen den Kiefer oder einfach durch Stoße mit einer Speerspitze gelöst. Bei aller Schmähung der heutigen Zeit können wir uns doch wohl freuen, daß diese Behandlungsart abgekommen ist, zumal die Nerven der heutigen Menschheit einer herartigen Heilmethode wohl kaum mehr gewachsen wären.

Neues Leben im Berliner Schloß. Die neue „Woche“ führt uns durch Räume des Berliner Schlosses, in denen heute Wissenschaftler, Künstler und Studenten residieren. — Außerdem finden Sie seltene Kamerabücher von einer Tierfang-Expedition der Ufa durch Finnland, die Fortsetzung der Filmreihe „Vor 20 Jahren“ mit Theaterfotos von 1913 und vieles andere. (Nebenall für 40 Pf.)

Noch schärfer sprechen sollen, wie es Kathi wohl getan hätte, doch das war gewiß nicht nötig, da ja Justus ohnehin so ganz auf seiner Seite stand, der würde es beim Schriftsteller richtig ausdeutschen.

Jetzt erst fiel ihm, der bisher einzig mit sich beschäftigt gewesen war, ein, wie der Justus ihm bei seiner Erzählung so aufmerksam hatte folgen können, als mache jenem seine eigene Angelegenheit nicht die mindesten Sorgen. Er stand so ruhig und sicher da, als befände er sich nicht in Haft, sondern sei zu Besuch hier und könne fortgehen, wann es ihm beliebe.

Es war wirklich an der Zeit zu fragen, warum er eigentlich da sei. „Ach, es ist nicht der Rede wert!“ meinte Justus leichthin, und dann deutete er einiges an, daß man ihn als Spion und Landesverräter verdächtigt habe.

Der Kerkermeister Donner war von bornherrn überzeugt, daß Justus unschuldig sei, und als er seiner Frau alles berichtet hatte, sah er seine Meinung durch sie kräftiglich unterstützt. Doch am selben Tag sandte die weiland Dorfheilige dem neuen Gast zur Gefängnisloft eine Zubrude von etlichen Büchlein.

Und als Donner am folgenden Morgen den Landsmann zur ersten Vernehmung führte, blieb er vor der Tür des Amtsziimmers stehen und deutete schmunzelnd auf die Karte, die da mit Reißnägeln am Holz befestigt war. „Das ist auch einer aus unserem Dorf.“

Da erst schaute Justus den Namen genauer an, und eine tiefe, steile Falte grub sich dabei zwischen den Augen in seine Stirne, als müßte er angestrengt über etwas nachdenken: „Simon Bach?“ murmelte er, „Simon Bach?“

„Der Sohn vom Häusler, dem rutscheten Peter,“ half Donner nach. „Ach ja, hatte es Justus, jawohl, der Bach, das war ja sogar ein Freund aus Jugendtagen.“

„Dankte ihm der Kerkermeister vergnügt zu: um so besser! Um so besser!“

Und dann wurde Donner Zeuge eines Wiedersehens, das ihn ganz sonderlich ergriß, obwohl er sich natürlich nichts merken lassen durfte und ganz still verhalten mußte.

(Fortsetzung folgt)

Aus Oberschlesien und Schlesien

Oberbürgermeister Dr. Knakrick zum Magistratskonflikt

Kasperkowiz des Kämmereramtes enthoben

Mitglüdter Abdrehungsversuch — Wo bleibt die Vertretung der Bürgerschaft?

(Eigener Bericht)

J. S. Beuthen, 30. Januar.

Die Beuthener Bürgerschaft hat mit Recht erwartet, daß in der heutigen Stadtverordnetenversammlung der „Fall Kasperkowiz“ restlos aufgeklärt werden und um der Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung willen die Stadtverordnetenversammlung, ohne Unterschied der Partei, ihrer Meinung über diesen für die Stadt Beuthen so peinlichen Magistratskonflikt zum Ausdruck bringen würde. Sie hat dabei vor allen Dingen ihre Erwartungen auf den Stadtverordnetenvorsteher gelegt, dessen Pflicht es kost Gesezt ist, Treuhänder der Bürgerschaft zu sein und deren Interessen und Wohlergehen zur Rücksicht seines Handelns zu machen. Was man aber erlebte, was ein Trauerspiel kommunalpolitischer Selbstverwaltung. Stadtverordnetenvorsteher Jawadzki hielt sich verpflichtet, auf Grund der sehr eindeutigen Veröffentlichungen in der Sonntags-Ausgabe der „Ostdeutschen Morgenpost“, die das Urteil der Bürgerschaft und die Volksstimung über den Kasperkowiz-Fall unbewogenommen wiedergab, für den Beuthener Stadtkämmerer eine Panne zu brechen: Statt Treuhänder der Bürgerschaft zu sein, wurde er so zum Verteidiger von Kasperkowiz, und diente nicht der Vereinigung der öffentlichen Atmosphäre, sondern brachte durch seine einseitige Polemik Verirrung statt Aufklärung in die an sich schon reichlich verwischte Angelegenheit. Wir meinen, es wäre gerade die Aufgabe des Stadtverordnetenvorstehers gewesen, das Verhalten des Stadtkämmers, der, obwohl er von der Stadt seine hohen Bezüge fordert, die persönliche Haftung für seine Amtshandlungen aber ablehnt, scharf zu kritisieren und so das Ansehen der Kommunalbeamtenchaft, das durch die Vorgänge um Kasperkowiz stark gelitten hat, in der Deutlichkeit wiederherzustellen. Man hätte eine solche Stellungnahme bei der Würde und dem Ansehen des Amtes eines Stadtverordnetenvorstehers unmöglich vorausgesetzt, als der Regierungspräsident jedes Fernbleiben vom Amte als eine Dienstverleugnung im Sinne der Beamten Dienststrafordnung bezeichnet hat!

Die Methode, von dem „Fall Kasperkowiz“ durch abzulenken, daß man gegen einen Zeitungsartikel polemisiert, wird dem Ernst dieser Frage nicht gerecht! Wenn dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher, dessen Urteil wir sonst immer als das eines reifen, erfahrenen Mannes gewertet haben, die Einstellung eines hohen Staatsbeamten zum Fall Kasperkowiz, wie sie in einer Botschrift an die „Ostdeutsche Morgenpost“ vom Sonntag zum Ausdruck kam, unverständlich erscheint, so möchten wir ihm empfehlen, in ähnlichen Fällen vor einer solchen Erklärung in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung von seinen guten Beziehungen, die doch auch er zu hohen Staatsbeamten besitzt, Gebrauch zu machen und sich über die Einstellung der Beamten, die altpreußisches Pflichtbewußtsein besitzen und die die Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung, gepaart mit Verantwortungsbewußtsein als Grundsatz ihres Berufslebens haben, über den Fall Kasperkowiz zu erkundigen. Wenn der Herr Stadtverordnetenvorsteher Jawadzki aber obendrein sogar zu bezweifeln wagt, daß die Botschrift des Gewerbetreibenden in der Sonntagsnummer der „Ostdeutschen Morgenpost“ wirklich von einem Gewerbetreibenden stammt, so müssen wir diese Entgleisung mit aller Schärfe zurückweisen:

Wir fordern hiermit öffentlich den Herrn Stadtverordnetenvorsteher auf, in der Redaktion der „Ostdeutschen Morgenpost“ das Manuskript der Einsendung mit Namen und Wohnort des Absenders einzusehen.

Vielleicht wird ihm dann klar, daß die Gewerbetreibenden wie alle anderen Bevölkerungskreise das größte Interesse an der Aufdeckung des Falles Kasperkowiz in der Stadtverwaltung haben und nicht an dessen Vertuschung!

Der historische Verdegang des Falles Kasperkowiz ist zum Verständnis der letzten Vor-

gänge von weitaus weniger Bedeutung, als der Stadtverordnetenvorsteher ihm beimitzt. Das Besondere im Fall Kasperkowiz besteht in den Vorgängen der letzten Tage und ist in der Ablehnung weiterer verantwortlicher Dienstleistung zu suchen.

Es ist dem Stadtverordnetenvorsteher dank einer Anfrage der deutschnationalen Fraktion natürlich nicht gegliedt, die Verhandlungen von dieser, die Deutlichkeit vorzugsweise interessierenden Frage abzulenken und eine Aussprache in der öffentlichen Sitzung zu verhindern. Zum Unterschied von der Haltung des Stadtverordnetenvorstehers hat die freimütige Behandlung der Vorgänge durch Oberbürgermeister Dr. Knakrick den denkbar besten Eindruck gemacht, wenn es natürlich auch für das Ansehen unserer Stadt überaus peinlich war zu hören, daß gerade das Magistratsmitglied, das die Finanzen überwachen sollte, bei den eigenen Angelegenheiten nicht die Sorgfalt bewahrt ließ, die man von dem Stadtkämmerer unbedingt voraussetzen mußte. Es war eine recht unangenehme Überraschung für die Stadtverordneten, daß der Magistrat sich heute genötigt sah, von Stadtkämmerer Dr. Kasperkowiz 138 Mark zurückzufordern, die dieser sich widerrechtlich von der Stadt hatte als Mietzuschuß zahlen lassen!

Erfreulich, daß wenigstens die Magistratsmitglieder geschlossen das Vorgehen des Stadtkämmers missbilligen und Oberbürgermeister Dr. Knakrick daraufhin Dr. Kasperkowiz seines Amtes als Stadtkämmerer enthob. Wenn die berufene Vertretung der Bürgerschaft in derartigen Fragen versagt, so muß man es doppelt begrüßen, wenn der Magistrat mit aller Energie für Ordnung und Sauberkeit in seinen Reihen eintritt. Die Stadtverordnetenversammlung hat freilich dem Oberbürgermeister — dank der Taktik ihres Vorstehers — nicht in dem Maße assistiert, wie man es von ihr als Vertreterin der Bürgerschaft als Pflicht betrachten mußte!

Stadtverordnetenvorsteher Jawadzki hatte sich verrechnet, wenn er glaubte, durch seine rechte einseitige Erklärung die Kasperkowiz-Frage erledigt zu haben. Im Interesse der Bürgerschaft kann man es nur begrüßen, daß durch eine Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei Oberbürgermeister Dr. Knakrick Gelegenheit gegeben wurde, zu den unlösamen Vorgängen Stellung zu nehmen und die Ausführungen des Stadtverordnetenvorstehers dabei richtigzustellen. Das geschäftige Treiben einiger Herren, die ganze Aussprache in die geheime Sitzung zu verweisen, hatte gottlob keinen Erfolg, wenn es uns auch recht verständlich erscheint.

Die deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion hatte folgende Anfrage eingebracht:

Erhält Dr. Kasperkowiz unberechtigte Mietzuschüsse?

„Durch die Zeitungen ist bekannt geworden, daß der Stadtkämmerer Dr. Kasperkowiz seine schöne 5-Zimmer-Wohnung in einem städtischen Neubau gegen eine Villa eingetauscht hat. Da Dr. Kasperkowiz auf dem Standpunkt steht, daß sein jetziges Gehalt zur Besteitung seiner Lebensbedürfnisse nicht ausreicht und er deshalb glaubt, eine Höhergruppierung verlangen zu müssen, so ist die Frage berechtigt, ob es Dr. K. möglich gemacht hat, den Tausch, der mit der städtischen Mietserbilligung ausgerüsteten Wohnung im städtischen Hause gegen die Villa aus Eigenem zu finanzieren oder ob ihm hierfür Sonderbeihilfen seitens der Stadt gezahlt worden sind. Wir fragen deshalb den Magistrat an, ob für die Villenwohnung des Dr. Kasperkowiz städtische Mittel in irgendeiner Weise in Anspruch genommen worden sind. Es liegt im Interesse des Stadtkämmers und des Magistrats, wenn zum Entgegenkommen gegen die in der Stadt im Umlauf befindlichen Gerüchte die Frage sofort beantwortet wird.“

Der deutschnationalen Stadtvorsteher Wassner sprach, nachdem Oberbürgermeister Dr. Knakrick es zuerst abgelehnt hatte, die Fragen sofort zu beantworten, sein Bedauern über eine Verschiebung der Angelegenheit aus. Da aber gleichzeitig eine Entschließung vorlag, die sich mit den Verhältnissen im Kinderheim Landeck befaßte, ergriff Oberbürgermeister Dr. Knakrick schließlich doch noch das Wort.

Die

Entschließung über das Kinderheim Landeck

hatte folgenden Wortlaut:

„Rückblick in der letzten Stadtverordnetensitzung auf eine Anfrage über die angeblich mißbräuchliche Benutzung des Kinderheims Landeck durch den Stadtkämmerer eine befriedigende Antwort seitens des Magistrats nicht erteilt worden ist, ersuchen wir den Magistrat, mit denjenigen Kreisen der Beuthener Bürgerschaft, insbesondere mit den kaufmännischen Vereinen, welche die seinerzeit gegründete Notgemeinschaft für das Landecker Heim durch Beiträge finanziert haben, eine Bespre-

chung über die Feststellung des Besitzverhältnisses und über eine zweckmäßige Verwendung des Heims herbeizuführen.“

Oberbürgermeister offenbart...

Oberbürgermeister Dr. Knakrick führt wörtlich aus:

„Es widerstrebt mir außerordentlich, Ihnen auf die gestellten Fragen hier öffentlich Antwort geben zu müssen, aber ich glaube, daß es doch besser ist, man tut das, damit nicht noch weitere Bewirrung zum Schaden unserer Beamtenchaft und zum Schaden des Ansehens des Magistrats in die Stadt getragen wird. Die erste Anfrage, die mir dem Sinne nach anonym mehrmals beigebracht worden ist, hat mir Anlaß gegeben, den Magistrat heute morgen um 9.15 Uhr einzuberufen. Wir haben die Angelegenheit eingehend geprüft und es sich heute überlegen muß, ob man ein solches Heim übernimmt. Es ist aber bestimmt richtig, daß man versucht muss, ein Kuratorium zu finden, das eine Geschäftsführung für das Kinderheim bestimmt. Es geht nicht an, daß der Magistrat als solcher öffentlich in Mißkredit gebracht wird, ohne daß er dazu Stellung nehmen kann, nur weil K. von dem Kinderheim Gebrauch gemacht hat. Damit dürfte der Sachverhalt wohl genügend geklärt sein.“

Was das Kinderheim in Landeck anbetrifft, so steht fest, daß als Eigentümer dieses Kinderheims im Grundbuch Dr. Kasperko-

witz eingetragen ist. In einem Paragraphen des Kaufvertrages steht allerdings, daß Kasperkowiz als Treuhänder einer Notgemeinschaft auftrate. Diese Notgemeinschaft ist praktisch nicht vorhanden, da die Mitglieder nicht da sind.

Als diese Frage zum ersten Male akut geworden ist, habe ich die Angelegenheit prüfen lassen und habe dabei feststellen müssen, daß das Kind

Präsident Schneiders Nachfolge

Wie wir zuverlässig erfahren, kommt als Nachfolger von Präsident Schneider an der Spitze des Landgerichtsbezirks Beuthen an erster Stelle Landgerichtsdirektor Gospos (Oppeln) in Frage. Genannt wird auch der Name des Ratiborischen Oberstaatsanwalts Brinschwitz sowie der des Berliner Amtsgerichtspräsidenten Dransfeld. Wenn die politische Entwicklung der letzten Tage nicht noch grundlegende Personaländerungen in der Justiz bringt, dürfte Landgerichtsdirektor Gospos mit großer Wahrscheinlichkeit Nachfolger des Landgerichtspräsidenten Schneider werden.

derheim in Landeck von Herrn K. nicht angehören worden ist als eine Angelegenheit, die uns als Stadt nichts angeht, sondern, daß

er damals, als er als Dezernent des Wohlfahrtsamtes wechselte, ausdrücklich bat, ihm das Dezernat des Kinderheims zu lassen.

Das ist auch geschehen. Später ist mir eine Anmerkung bekannt geworden, nach der Kasperkowiz der Meinung sein soll, daß

er ein Anrecht auf das Kinderheim habe, weil er die Sammlung in Gang und durch seine geschickte Spaltung die Mittel aufgebracht habe.

Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Annahme nicht richtig ist, und ich habe gehört, daß K. geäußert haben soll, daß er beabsichtige, dieses Kinderheim der Caritas zu übergeben. Bei den Alten befindet sich ein Schreiber des K., in dem er ausdrücklich erklärt, daß eine Übereignung des Kinderheims nur an die Stadt in Frage kommen könnte. Es ist freilich so, daß man es sich heute überlegen muß, ob man ein solches Heim übernimmt. Es ist aber bestimmt richtig, daß man versucht muss, ein Kuratorium zu finden, das eine Geschäftsführung für das Kinderheim bestimmt. Es geht nicht an, daß der Magistrat als solcher öffentlich in Mißkredit gebracht wird, ohne daß er dazu Stellung nehmen kann, nur weil K. von dem Kinderheim Gebrauch gemacht hat. Damit dürfte der Sachverhalt wohl genügend geklärt sein.“

Es soll hinter verschlossenen Türen verhandelt werden

Als Oberbürgermeister Dr. Knakrick erklärte, daß

kein Beamter der Stadt Beuthen das Vorgehen des Stadtkämmers Dr. Kasperkowiz billigen würde, unterbricht ihn Stadtverordnetenvorsteher Jawadzki

mit dem Hinweis, daß er keine Aussprache über diese Frage zulassen wollte, die seiner Ansicht nach in die geheime Sitzung gehöre.

Stadt. Piecha wünscht, daß die öffentliche Aussprache stattfinde und daß vor allem dem Oberbürgermeister Gelegenheit gegeben wird, seine Darlegungen zu beenden.

Stadt. Scholz (Zentr.) wendet sich gegen die Zulassung einer öffentlichen Aussprache. Es handelt sich um eine persönliche Angelegenheit, die in die geheime Sitzung gehöre.

Stadt. Piecha gibt seinem Erstaunen über den Antrag des Stadtverordneten Scholz Aus-

druck und beantragt Weiterbehandlung in öffentlicher Sitzung.

Stadtverordnetenvorsteher Wassner verlangt, daß dem Oberbürgermeister das Wort gegeben wird, um seine Ausführungen zu beenden. Eine öffentliche Aussprache hält er für nicht angebracht.

Stadt. Hoffmann stellt fest, daß die Regie nicht geklappt hat. Man hätte den Stadtkämmerer Dr. Kasperkowiz herbeiholen sollen, damit er Rede und Antwort stehe.

Stadtverordnetenvorsteher Jawadzki erklärt zu diesem Vorwurf, daß er keine Gelegenheit gehabt habe, vorher mit Oberbürgermeister Dr. Knakrick zu sprechen.

Stadt. Scholz (Zentr.) wendet sich gegen die Vorwürfe des sozialdemokratischen Stadtverordneten Piecha, daß die Deutschnationalen freundschaftliche Beziehungen zu Dr. Kasperkowiz haben.

Stadt. Behrendt spricht sich für öffentliche Behandlung aus.

Fackelzug vor Hindenburg und Hitler

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Die Neubildung des Reichskabinetts hat sich in der Wilhelmstraße rein äußerlich ohne den großen Aufwand vollzogen, den man sonst bei solchen Anlässen beobachten konnte, die mit Adolf Hitler zusammenhingen. Die Ernennung des Kabinetts kam aber auch verhältnismäßig überraschend. Noch am Vormittag herrschte die Meinung vor, daß die Bemühungen von Papens um eine Einheitsregierung gescheitert seien an zu hohen Anprüchen Hitlers. Tatsächlich ist die

Einigung der Harzburger Front erst unmittelbar vor der fast zweistündigen Besprechung mit dem Reichspräsidenten, zum Teil sogar in ihr

aufzutande gekommen. Das Ergebnis hat deshalb größte Überraschung hervorgerufen, die auf der Rechten dann schnell einer Genugtuung auf der Linken einer starken Depression und Erregung gewichen ist.

Auf die Nachricht der Befreiung Hitlers mit dem Kanzleramt sammelten sich in den frühen Nachmittagsstunden am Wilhelmsplatz und vor dem „Kaisersaal“, der augenblicklichen Wohnung des Reichskanzlers, große Menschenmengen, die trotz der Kälte Stundenlang anhielten. Der Wilhelmsplatz wurde von 19 Uhr ab für jeglichen Fahrzeugverkehr in weitem Umfang abgesperrt, um Verstössungen während des Fackelzuges zu vermeiden. Die Polizei hatte mehrere Hundertshäfen im Regierungsviertel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingesetzt. Trotzdem sah sie sich bald genötigt,

Seile zu ziehen, um den Ansturm der Menschenmassen, die immer von neuem zuströmten, zu bewältigen, damit wenigstens eine ungehinderte Anfahrt zur Reichskanzlei ermöglicht wurde.

Die harrende Menge stimmte von Zeit zu Zeit das Deutschland-Lied und nationalsozialistische Kampfsieder an. Gegen Abend strömten aus allen Gegenden Groß-Berlins die Kolonnen der Organisationen, die den Fackelzug veranstalteten, zum Teil in geschlossenen Zügen, nach dem „Großen Stern“ im Tiergarten. Der Fackelzug, den die SA und SS gemeinsam mit dem Stahlhelm

veranstalteten, traf kurz vor 20.30 Uhr auf dem Zug durch die Wilhelmstraße, die schon Stunden vorher von vielen Tausenden von Menschen besetzt war, vor dem Reichskanzlerpalais ein. Beim Eintreffen des Zuges erschien der Reichspräsident an einem hell erleuchteten Fenster des Nordflügels der alten Reichskanzlei, von jübenden, nicht enden wollenden Zuschauern der Tausenden begrüßt. Reichskanzler Hitler begrüßte den Zug von dem Fenster seines Arbeitszimmers in der neuen Reichskanzlei.

Die englische Presse betont

Die Außenpolitik bleibt beständig

Warme Begrüßung von Neurath

(Telegraphische Meldung)

London, 30. Januar. „Reichskanzler Hitler“, „Auf dem Stuhle Bismarks“, Hitler endlich im „Sattel“, so lauten die seitgedruckten Überschriften, unter denen die Londoner Abendpresse auf der vorbersten Seite mit Bildern des neuen Reichskanzlers Berichte über die neue deutsche Regierung veröffentlicht.

„Evening News“ schreibt: 13 Jahre sind vergangen, seitdem Hitler seine Nationalsozialistische Partei mit Hilfe von 6 weiteren Männern gebildet hat. Heute steht er, wo Bismarck gestanden hat, mit 13 Millionen Stimmen hinter sich. Es ist der erstaunlichste Schritt, den die Welt gesehen hat, seitdem Mussolini der Herr Italiens wurde.“

„Evening Standard“ veröffentlicht eine telefonische Unterredung mit einem Mitgliede des persönlichen Stabes Hitlers, in der dieses erklärt: „Wir sind mehr als befriedigt. Alle unsere Hoffnungen sind erfüllt worden.“ Hitlers Haltung gegenüber England sei stets die freundschaftliche gewesen. An anderer Stelle übt das Blatt Kritik an Papen und Hugenberg.

„Star“ meint, Hitler sitze zwar im Sattel, aber seine Hand, die die Säge halte, sei nicht ganz frei, da er an der Spitze eines Koalitionskabinetts stehe.

„Manchester Guardian“ gibt der hier allgemein herrschenden Überzeugung Ausdruck, indem er in einem Leiteratikel betont, daß die Wirkung des Regierungswechsels in Deutschland sich

ehler in der Innen- als in der Außenpolitik geltend machen, und daß die deutsche Außenpolitik nicht ernstlich davon berührt werde.

Wie sehr diese Tatsache, die in der Wiederbesetzung des Außenministerpostens mit Freiherrn von Neurath zum Ausdruck kommt, in England begrüßt wird, geht aus dem Kommentar des Reuterbüros über die Persönlichkeit des Freiherrn von Neurath hervor. Darin heißt es: „Neurath ist einer der fähigsten Diplomaten in der deutschen Geschichte der Gegenwart. Niemals sind freundlicher Begie-

aus. Auch ihm wurden langandauernde Ovationen dargebracht.“

Gegen 21.30 Uhr, nachdem die Kolonnen fast ununterbrochen marschiert waren, befand sich das Ende des Zuges der SA und SS immer noch im Tiergarten. Der Stahlhelm, der sich zwischen der SA und der SS einreihen soll, stand um diese Zeit immer noch an der Siegesallee. Die Kolonnen hatten teilweise keine Fackeln mehr. Obwohl der Vorbeimarsch schon fast zwei Stunden dauerte, war die Zuschauermenge an den Straßenrändern noch nicht gewichen.

Wie die Polizei mitteilte, waren

an dem Fackelzuge etwa 15 000 bis 17 000 Mann, davon 2 000 Mann des Stahlhelms, beteiligt.

Als die Spitze des Zuges gegen 22 Uhr unter dem Fridericus-Rey-Marsch in die Wilhelmstraße einbog, war der Jubel der Menge so groß, daß man minutenlang kaum einen Laut der Atempause höre. Die Züge wurden unterwegs immer aufs neue verstärkt durch Zivilpersonen, die sich in die Rüden einreichten. Von Regierungsvertretern aus marschierte der Fackelzug nach dem Lustgarten, wo er aufgelöst wurde. Der Fackelzug verließ ohne nennenswerte Störungen.

Der Reichspräsident stand während der ganzen Zeit an dem erleuchteten Fenster des Nordflügels

und dankte durch Winken mit der Hand und Verneigen für die ihm dargebrachten Huldigungen. Auch Reichskanzler Hitler, der am offenen Fenster seines Arbeitszimmers stand, dankte der jubelnden Menge durch Winken mit der Hand. Vor dem Fenster des Reichspräsidenten hatten zwei SA-Kapellen Aufstellung genommen, um abwechselnd Marschweisen, das Preußenslied und das Deutschlandlied zu spielen. Die Gestalt des Stuhls um Stunden eisern anstarrenden greisen Reichspräsidenten im Rahmen des erleuchteten Fensters bot ein eindrucksvolles Bild.

Berlin, 30. Januar. Auf die Nachricht, daß Hitler zum Reichskanzler ernannt worden ist und ein Fackelzug stattfinden sollte, verloren die Kommunisten Gegenkundgebungen. An verschiedenen Stellen der Stadt und in den Vororten wurden Kommunisten betroffen, als sie Bettel verteilt, die zum Massenstreik aufgerufen. In Köpenick bildete sich in der 8. Abendstunde ein Zug von etwa 150 Personen. Der Zug wurde von der Polizei mit dem Gummiknüppel aufgestellt. Auch in anderen Stadtteilen mußten kommunistische Demonstrationen aufgelöst werden.

Königsberg, 30. Januar. An mehreren Stellen der Stadt am es zu Zusammenstößen und Schlägereien zwischen Kommunisten und Reichsbauern auf der einen und SA-Leuten auf der anderen Seite. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.



von Blomberg,
Reichswehrminister



Selde,
Arbeitsminister



Dr. Fried,
Reichsinnenminister

Römische Pressestimmen

(Telegraphische Meldung)

Rom, 30. Januar. Zur Regierungsbildung durch Hitler bemerkt „Giornale d’Italia“, daß beim ersten Anblick die neue deutsche Regierung durch „Triumph des neuen Deutschlands“ darstelle, das eine glatte Trennung vom Weimarer Regime bedeute. Das Blatt erblickt in der Bemühung Hitlers die Lebensfähigkeit des Nationalsozialismus. Italien begrüßt mit lebhafter Herzlichkeit die neue deutsche Regierung. Unter der Überschrift: „Das neue Deutschland“ schreibt „Lavoro Fascista“: „Die neue deutsche Regierung bedeutet das Ende des sozialdemokratischen Regimes in Deutschland und bildet den Auftakt zu jenem „Dritten Reich“, das seit 10 Jahren Traum und Hoffnung der neuen deutschen Generation ist.“ Es handelt sich um den Beginn einer neuen historischen Epoche.“

Das neu gewählte Parlament des frischen Freistaates wird am 8. Februar zusammentreten. De Valera wird sicherlich wieder zum Präsidenten der vollziehenden Gewalt ernannt werden. Die Zusammensetzung des Kabinetts dürfte unverändert bleiben.

In der Umgegend von Bilbao (Spanien) richteten Wölfe, die infolge der Kälte in Rudeln von den Bergen herunter gekommen sind, unter den Schähen mehrerer Dutzend großen Schäden an. Innerhalb einer Woche sind über 100 Schafe von den hungrigen Bestien zerrissen worden.

Tödlicher Unglücksfall bei einer Mensur

Göttingen. Bei einer Mensur in Grone bei Göttingen hatte ein Göttinger Burschenschüler sich bei einer Schlägermensur mit seiner Waffe verfangen und stolperte, wobei er seinem Gegner, einem auswärtigen Burschenschüler, Deensen, einen Stich in den Kopf versetzte. Der Verletzte ist bei der sofort vorgenommenen Operation gestorben.

Stillhaltekonzferenz in Berlin

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Am Montag begannen in Berlin in den Räumen der Reichsbank die Verhandlungen über ein neues Stillhalteabkommen. Das alte Stillhalteabkommen läuft am 28. Februar ab. Den Verhandlungen in Berlin sind in London zahlreiche Vertreter des Studienausschusses vorangegangen. Ziel der Berliner Konferenz ist die Aufstellung eines mindestens einjährigen neuen Stillhalteabkommen. Wie bei den letzten Berliner Stillhalteverhandlungen vor Jahresfrist wird eine Anzahl von Ausschüssen zur Prüfung der Einzelfragen eingesetzt werden. Man rechnet jedoch nicht mit einer so langen Dauer der Verhandlungen, die sich das letzte Mal über fast sieben Wochen erstreckten.

Entscheidung im deutsch-polnischen Rechtsstreit

(Telegraphische Meldung)

Haag, 30. Januar. Der Ständige Internationale Gerichtshof gibt bekannt, daß er seine Entscheidung im deutsch-polnischen Rechtsstreit in einer öffentlichen Sitzung verkünden werde, die auf den 4. Februar um 10.30 Uhr anberaumt worden ist.

Gehorsamsverweigerung auf niederländischen Kriegsschiffen

(Telegraphische Meldung)

Batavia, 30. Januar. Im niederländisch-indischen Kriegshafen Soerabaja weigerten sich am Montag die europäischen Korporale und Matrosen dreier Kriegsschiffe zum Morgen-Appell anzutreten. Auch die eingeborenen Matrosen zeigten Neigung, sich ihnen anzuschließen, konnten aber infolge der energischen Haltung der Offiziere von diesem Vorhaben abgehalten werden. 40 Rüdelsführer wurden verhaftet und abtransportiert. Abteilungen des Landheeres wurden zur Durchsetzung der militärischen Disziplin herbeigerufen. Die Kriegsschiffe sind späterhin programmatisch zu der vorgegebenen Fahrt ausgetragen. Die Gehorsamsverweigerung dürfte wahrscheinlich auf die neu eingeführte Struktur der Besoldung zurückzuführen sein.

Die letzten BBG-Räuber festgenommen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Ein etwa 40 Mann starkes Schupo aufgebot mit Karabinern besetzte am Montag das Haus Bahnhof

straße 17 in Schöneberg und sperrte den Bürgersteig bis zu den beiden daneben liegenden Häusern ab; auch auf der gegenüberliegenden Straßenseite hatten Beamte mit Karabinern Aufstellung genommen. Im Verlaufe der Durchsuchung des Hauses wurden die beiden letzten Beteiligten an dem BBG-Räuberfall, Hoheisel und Achtenhagen, festgenommen. Sie hatten im 4. Stockwerk des Hinterhauses bei Bekannter Unterschlupf gefunden. Beide waren bewaffnet. Man fand bei ihnen Pistolen, die scharf geladen waren.

Polizeibeamter niedergeschossen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 31. Januar. Montag abend wurde in der Wallstraße in Charlottenburg ein etwa 100 Mann starker Zug von NSDAP-Angehörigen, die von der Kundgebung am Wilhelmsplatz zurückkehrten, aus einem Hause plötzlich beschossen, angeblich von Kommunisten. Der Polizeioberwachtmeister Baurek erhielt einen Brustschuß und verstarb im Krankenhaus. Die Täter sind noch nicht festgestellt.

51 Rohrbrüche in einer Nacht

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 30. Januar. Infolge der Temperaturen schwankungen, die am Sonntag ein plötzliches Ansteigen des Thermometers brachten, während es am Montag wieder bis auf 7 Grad Kälte fiel, kam es an den verschiedensten Stellen der Stadt, vor allem aber in den Außenbezirken, zu Wasserrohrbrüchen. Nicht weniger als 51mal mußte die Feuerwehr eingreifen und hatte an einigen Stellen mehrere Stunden zu arbeiten, um die Wassermassen auszupumpen.

Frankfurter Spätbörsen

Fester

Frankfurt a. M., 30. Januar. Aktu 37,5 AEG. 29,5, IG Farben 104,5, Lahmeyer 116,5, Rütgerswerke 41½, Schuckert 87, Siemens und Halske 127,5, Reichsbahn-Vorzug 92%, Hapag 17,5, Lloyd 18, Ablösungsanleihe Neubesitz 8½, Altbasisz 66½, Reichsbank 155,5, Buderus 47, Klöckner 44,5, Stahlverein 33,5.

Berlin, 30. Januar. Kupfer 37½ B., 36 G., Blei 14% B., 13½ G., Zink 19 B., 18 G.

